

1934 - 1945

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 9/10

Oktober 1954

1 Schilling

Schluß mit den Starhembergen

Erinnern wir uns: Anfang Juli hat der Verfassungsgerichtshof die zwei Gesetze, die Starhemberg die Verfügungsgewalt über seine Güter und Schlösser entziehen sollten, als verfassungswidrig aufgehoben. Zuvor hat der Verwaltungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof Bedenken über die beiden Gesetze geäußert und ihre Überprüfung verlangt.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat in den demokratisch und republikanisch gesinnten Kreisen unseres Landes, insbesondere in der Arbeiterschaft, die betrübliche Feststellung ausgelöst, daß die Zweite Republik dem Hochverräter und Totengräber der Ersten Republik den gleichen Schutz gewährt wie allen übrigen anständigen Staatsbürgern. Ihm ist der Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz zustatten gekommen. Diese Gleichheit vor dem Gesetz hätte eliminiert werden können, wenn die beiden Anträge der sozialistischen Abgeordneten vom 6. Februar 1947 und vom April 1948 bei der Beratung über die Rückstellungsgesetzgebung die Bestimmung: „Wer durch besondere Taten und Maßnahmen zum Verlust der Unabhängigkeit Österreichs entscheidend beigetragen hat, hat keinen Rechtsanspruch...“ vom Parlament angenommen wären. Die ÖVP hat beide Male die Anträge niedergestimmt.

So weit kurz der juristische und politische Sachverhalt. Es kommt uns weniger darauf an, gegen die juristische Seite dieser Entscheidung zu polemisieren. Die sozialistischen Freiheitskämpfer, die am eigenen Leib verspürt haben, wohin es führt, wenn das verfassungsmäßig garantierte Recht der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz mißachtet wird, sind die letzten, die den Fall Starhemberg zum Anlaß eines Bruches der Verfassung nehmen möchten. Zu bedauern ist nur, daß es keine eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen gibt, die den Feinden der Republik jene bürgerlichen Rechte nehmen, um die sie sich selbst gebracht haben. Aberkennung der Staatsbürgerschaft, Verlust der Güter und aller Rechte auf Lebzeiten wären die angemessenen und jedermann verständlichen Maßnahmen, wem am Schutze der Republik und der Demokratie etwas liegt. Aber man kann in Österreich nicht nur seine Güter zurückerhalten, man kann auch alle Rechte des Staatsbürgers in Anspruch nehmen, selbst dann, wenn man ein Feind der Demokratie und der Republik ist. Man kann sogar als Abgeordneter bezahlt werden, wie uns das Beispiel der Frau Nora Hiltl zeigt, das wir in einem Atemzug anführen, weil sie die Republik und die Verfassung mißachtet, indem sie für die Habsburger politische Propaganda treibt. Starhemberg und seine Geistesverwandten in den Kreisen der ÖVP betrachten sich nicht als erledigt, sie halten ihre Zeit nur nicht für gekommen.

Wenn wir uns dazu bekennen, daß an den Grundsätzen der Verfassung nicht gerüttelt werden darf, so darf uns das nicht dazu verleiten, den Gedanken aufzugeben, diese Entscheidung als unabänderlich hinzunehmen. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, besteht darin, unablässig auf die Eroberung der Mehrheit im Staate hinzuarbeiten, damit eine sozialistische Mehrheit im Parlament Gesetze schaffen kann, mit denen eine Revision dieser Entscheidung herbeigeführt werden kann. Die Eroberung der Mehrheit darf nur auf demokratischem Wege angestrebt werden, denn nur dann ist die Entscheidung gegen Starhemberg eine Entscheidung der Mehrheit des Volkes.

Wir bleiben wachsam und kampfbereit

Weltpolitische Schwerpunktverlagerung

Seitdem die Menschen dazu gelangt sind, immer größere Entfernungen in immer größeren Geschwindigkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu überwinden, ist die Welt für sie größer und kleiner zugleich geworden. Größer, weil die Grenzen des Unentdeckten, Unerforschten auf der Erde immer weiter hinausgeschoben wurden, so daß sie sich auf Null reduzierten, es auf dem Globus keine „Terra incognita“ mehr gibt und der Mensch bereits über die Grenzen der Erde hinaus in den Weltraum vorstößt — kleiner, weil durch die Überwindung der Weite die Entfernungen auf der Erde selbst aufgehoben worden sind. Die dadurch entstandene völlige Revolutionierung unserer Ordnung bis in die entferntesten Bezirke unseres Daseins vollzieht sich ständig weiter und verändert natürlich auch die Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens. Politische Aktionen friedlicher oder gewalttätiger Natur nehmen heute zwangsläufig globale Ausmaße an, und die Auseinandersetzungen gehen heute längst nicht mehr zwischen einzelnen Nationen um nationale Belange oder Suprematien, sondern zwischen ganzen Erdteilen um die Weltherrschaft oder weltumspannende Ideologien. Mag es etwa in dem Kampf um die EVG auch den Anschein gehabt haben, es handle sich dabei um rein europäische Gegensätzlichkeiten oder scheinbar einzelstaatliche Fragen, wie etwa zwischen Deutschland und Frankreich, so sind dies in Wahrheit doch nur Teilabschnitte des Kampfes ganzer Erdteile, die sich immer deutlicher eben auf globale Auseinandersetzungen zwischen Ideologien zuspitzen.

Die Entwicklung der Weltpolitik bietet sich heute nur jenen chaotisch und regellos dar, die noch in den alten Kategorien politischer Machtverhältnisse denken. In Wahrheit spiegelt sie eindeutig den Prozeß der politischen Schwerpunktverlagerung wider, der unmerklich schon vor dem ersten Weltkrieg begonnen hat, sich in diesem bereits deutlicher abzuzeichnen begann und von da an immer klarer zutage trat, um im zweiten Weltkrieg und der Epoche nachher als unabweisliche und das künftige Schicksal der Welt bestimmende Realität das weltpolitische Geschehen zu bestimmen. Die weltpolitischen Impulse gehen längst nicht mehr von Europa aus, und Entscheidungen fallen außerhalb der Alten Welt.

Wer aber aufmerksam die Entwicklung unserer Epoche verfolgt, muß zum Schluß kommen, daß die rasante Entwicklung der weltpolitischen Schwerpunktverlagerung in den letzten Jahren schon wieder weitere und größere Ausmaße angenommen hat und neue, gewaltige Kräfte nicht mehr nur im Hintergrund, sondern schon im Vordergrund auftauchen, wenn auch vorerst noch neben den Ablösern Europas Amerika und der Sowjetunion. Die Ablösung Europas als bestimmender

politischer Machtfaktor wurde gleichzeitig der Anfang des Endes seiner Kolonialherrschaft, deren Zusammenbruch und Auflösung heute bereits vollzogene Tatsache ist. Asien und Afrika haben ihr Schicksal bereits selbst in die Hand genommen oder sind dabei, es zu tun. Dort, wo die Kolonialmächte sie noch mit dem letzten Kräfteaufwand daran hindern wollen, führt dies zu blutigen Kriegen, die zum völligen Verlust auch noch des letzten Anscheins von Prestige der Kolonialherren führen. Und natürlich auch früher oder später zum Verlust des Koloniallandes. Selbst der Kommunismus — und vor allem die Sowjetunion — nützt alle in Afrika und Asien gegebenen Situationen voll aus, um unter allerlei Deckmänteln, insbesondere jenem der Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen und der Hilfe zur Befreiung vom „Joch des Kolonialimperialismus“, Asien und Afrika gegen den Westen zu mobilisieren. Natürlich ist ihr letztes Ziel keineswegs die Unabhängigkeit dieser Völker, sondern das Gegenteil: nämlich sie zu ähnlichen Satellitengebilden zu machen, wie wir sie in den europäischen Volksdemokratien bereits kennen, um die westliche Welt Schritt für Schritt einzukreisen und sich so eine Stufe nach der anderen zur Weltherrschaft zu bauen.

Bedauerlicherweise leistet bei diesem Bestreben der Kommunisten die amerikanische Fernostpolitik nicht unwesentliche Schützenhilfe, da sie mit untrüglicher Sicherheit auf die falschen Pferde setzt, statt all jene Mittel, die sie zur Unterstützung fernöstlicher korrupter Politiker, Monarchen und Irredentisten vergebend, mit denen die eigenen, auch nichtkommunistischen, Völker nichts zu tun haben wollen, zur Hilfe und Errichtung oder Stützung echter demokratischer Selbstverwaltung aufzuwenden. Tschang Kai Tschek, Syngman Rhee, Bao Dai und wie sie alle heißen, sind als Gegenspieler des Kommunismus seine besten Wegbereiter, weil ihr korruptes Regime sich nur dadurch von einem Kolonialimperialismus ärgster Sorte unterscheidet, daß es ihren Völkern auch die zivilisatorischen Errungenschaften vorenthält, die jede Kolonialherrschaft nolens oder volens, aber immerhin den von ihr beherrschten Völkern gebracht hat.

Es hat immer mehr den Anschein, als ob die Entscheidungen, die in Asien und Afrika fallen, Entscheidungen über die Zukunft der freien Welt sein werden. Es geht darum, ob die freie Welt in stande ist, jene echten freiheitlichen Gegenkräfte zu entwickeln, aufzubauen und zu stützen, die der kommunistischen Aggression dadurch Einhalt gebieten können, daß sie den in Not, Armut und Unfreiheit lebenden Völkern Freiheit, Frieden und Wohlstand bringen können. Dazu wird es aber wohl einer Revision der Fernostpolitik bedürfen, die, um nicht zu spät zu kommen, gar nicht früh genug erfolgen kann; einer Revision, die auch die Chinapolitik

der Vereinigten Staaten einschließen muß, weil jede Asienpolitik ohne das größte und heute stärkste Land Asiens, dessen Kräfte zum ersten Male unter einer wirklichen Zentralgewalt vereinigt worden sind, unkonstruktiv, fiktiv und sinnlos bleiben muß. Krieg ist, war und wird nie eine wirkliche Lösung von Problemen sein, die das Dasein der Völker bewegen. Nicht die Atombombe kann den Nährboden des Kommunismus — nämlich die politische, soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit — so umpflügen, daß dann aus ihm eine neue und diesen Völkern gerecht werdende Ordnung erwächst.

Das amerikanische Volk hat für den Frieden und die Freiheit der Welt viele Opfer gebracht, und seine Europahilfe war und ist der bedeutendste historische Beitrag zur Rettung der Demokratie vor der Bedrohung durch den östlichen Totalitarismus. Es waren dies Opfer für eine richtige Politik; jene Opfer, die es nun weiter bringt, sind solche für eine falsche Politik. Dabei ist die Asienpolitik Amerikas zweifellos von echten politisch-moralischen Prinzipien bestimmt, die so weit gehen, daß dieses Land um deretwegen durch die Nichtanerkennung des kommunistischen China etwa sogar auf die ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten verzichtet, die eine gesunde Realpolitik gegenüber dieser neuen gewaltigen Macht mit sich brächte. So sehr anerkanntswert derartige Prinzipien sein mögen, auf der anderen Seite steht, was der Generalsekretär der britischen Labourpartei, der gewiß keiner Sympathien mit dem Kommunismus verdächtige Morgan Phillips, nach dem Chinabesuch mit der Delegation unserer englischen Genossen mit Clement Attlee ausgesprochen hat: nämlich, daß der Weltfriede von einer engeren Zusammenarbeit zwischen China und der übrigen Welt abhängt und die Politik der Abkapselung diesem Frieden nur schaden könne.

Überdies: es wäre nicht das erste Mal, daß eine Hand, die nicht zurückstößt, sondern sich hilfsbereit darbietet, ein Land aus dem anscheinend so festgefügtten Sowjetblock herauslösen könnte. Militärische Bündnissysteme und Atombomben (im Besitze von Freund und Feind) können den Gegner in seine Schranken weisen und dort fixieren, wie das heute auch geschieht. Der Freiheit und Demokratie zur Überwindung der Unfreiheit und des Totalitarismus verhelfen, dazu bedarf es außerdem noch der Konzentration der Kräfte auf die Abschaffung jener sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände, welche gerade und besonders in unterentwickelten Ländern die Völker den letzten Ausweg aus Not und Elend im Kommunismus sehen läßt. Das Schicksal der Welt entscheidet sich dort, wo viele hundert Millionen bisher ausgebeuteter Menschen in revolutionäre Bewegung geraten sind. Weder der Vatikan zu Rom noch das Pentagon zu Washington können der westlichen Welt das wirksame Gegenmittel gegen die kommunistische Infektion liefern. Nur der Aufbau einer neuen, gerechten und vernünftigen Ordnung nach wirklich demo-

kratischen Grundsätzen und nicht die Aufrechterhaltung überlebter oder abgewirtschafteter Systeme kann dort noch retten, was zu retten ist.

Und das kann noch immer alles sein, wenn man sich nicht allzuviel Zeit damit läßt.

Parteitag 1954

Die Parteivertretung der Sozialistischen Partei Österreichs beruft den diesjährigen Parteitag für den

11. bis 13. November 1954 nach Wien,

III, Marxergasse 17, Sofiensäle,

ein. Beginn: Donnerstag, den 11. November, 9 Uhr.

Provisorische Tagesordnung:

1. Konstituierung.
2. a) Die politische Aktion der Partei;
b) Die parlamentarische Tätigkeit (Referenten: Adolf Schärf und Bruno Pittermann).
3. Die Sozialversicherung in Österreich (Referent Karl Maisel).
4. Sozialistische Kulturarbeit (Referent: Karl Waldbrunner).
5. Organisationsberichte:
 - a) des Zentralsekretariats und der Statutenkommission (Berichterstatter: Otto Probst);
 - b) des Kassiers (Berichterstatter: Franz Popp);
 - c) der Parteikontrolle (Berichterstatter: Karl Honay).
6. Anträge.
7. Neuwahlen.

Dem Parteitag geht die Frauen-Zentralkonferenz voraus, die für den 8. und 9. November 1954 gleichfalls nach Wien III, Marxergasse 17, Sofiensäle, vom Frauen-Zentralkomitee einberufen werden wird



**Zentral-
sparkasse**
DER GEMEINDE WIEN
WIEN I. WIPLINGERSTR.8
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung
der
Stadt Wien*

Starhemberg und die nächste Generation

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Sachen Starhemberg hat nicht ohne Berechtigung in den Kreisen jener, die unmittelbar betroffen waren, allergrößtes Befremden und entsprechende Empörung ausgelöst. Gerade uns Freiheitskämpfer berührt dieses Erkenntnis wohl am tiefsten; haben wir doch die Genossen in unseren Reihen, denen das Wirken des „Fürschten“ so viel persönliches Unheil gebracht hat.

In unserer Organisation sind natürlicherweise alle Altersstufen vertreten. Angefangen von jenen, die in den schicksalschweren Tagen des Jahres 1934 für ihre sozialistische Überzeugung mit der Waffe eingetreten sind, bis zu jenen, welche erst den braunen Faschismus in seinen Auswirkungen erlebten und diesen bekämpften. Für jene Generation, die die Februartage 1934 wegen ihrer Jugend noch nicht aktiv und bewußt erlebt hat, bildet die Figur des „Fürsten Starhemberg“ nur eine historische, politisch eindeutig negative Erscheinung. Starhemberg ist dieser Generation jedoch mangels eigener, direkter persönlicher Erlebnisse nicht so tief in die Erinnerung gegraben als unseren Genossen von den sozialistischen Freiheitskämpfern, die das Opfer seines Terrors geworden sind und so viele unserer tapfersten Genossen sterben gesehen haben. Vom heutigen politischen Standpunkt gesehen, ist für diese Generation Starhemberg nur in einer Hinsicht von Interesse; nämlich als der geschichtliche Vorläufer und erste Interpret faschistischen Denkens und Handelns in Österreich.

Was bedeutet unter diesem Gesichtspunkte das Verfassungsgerichtshoferkennntnis für uns? Auf keinen Fall stellt dieses eine moralische, menschliche oder politische Rehabilitierung dar. Es rührt aber in seinen Konsequenzen an die Grundlagen unseres demokratischen, staatsrechtlichen Bewußtseins und bildet trotz des damit verbundenen bitteren Nebengeschmackes eine Bestätigung unserer disziplinierten Auffassung von Demokratie, von der Unantastbarkeit einer geschriebenen Verfassung und eines Spruches unseres höchsten Gerichtes. Die derzeitige politische Kräfteverteilung verhindert uns, so sehr wir uns die entsprechenden Möglichkeiten wünschen würden, für den speziellen Fall Starhemberg entsprechende verfassungsrechtliche Schritte noch einzuleiten und diese mit Aussicht auf Erfolg durchzubringen. Irgendwie ist dieser Fall jedoch eine Bewährungsprobe und ein Präjudiz für unsere geistige Einstellung zu den Grundsätzen unserer Demokratie und zu den Grundrechten, auf welchen unser politisches und gesellschaftliches Leben aufgebaut ist. Jede Verletzung dieser Rechtsfundamente würde eine politische Defloration unserer neuen Republik bedeuten und unwiderbringliche moralische Folgen nach sich ziehen. Die allgemeine

politische Erfahrung hat gezeigt, daß es nach dem einmaligen Bruch solcher Verfassungsgrundsätze immer wieder zwangsläufig zu weiteren Verfassungsverletzungen kommt. Die Heiligkeit des Prinzips der Unantastbarkeit unserer Verfassung muß uns jedoch jederzeit höher stehen als noch so berechnete, aus der Vergangenheit herüberreichende Gefühle. Dieser Standpunkt entspringt unserer sozialistischen Ethik. Wie hoch auch der materielle Erfolg des Heimwehrfürsten im Einzelfalle sein möge, niemals wiegt der hingegebene Vermögenswert jene Werte auf, die wir opfern würden, wenn wir uns seinetwegen ins Unrecht setzen.

Darüber hinaus glauben wir aber feststellen zu können, daß, bis sich der nun fundierte Anspruch Starhembergs tatsächlich realisieren wird, wohl noch einige Zeit vergehen dürfte. Keineswegs ist es jedoch sicher, ob jene Vermögenswerte, welche zur Rückstellung gelangen sollen, tatsächlich für Starhemberg Aktiven sein werden, und wir würden gern die diesbezüglichen Zahlen einmal aus sachlicher und offizieller Quelle hören.

Bei aller Würdigung der aktuellen politischen und betrieblchen menschlichen Aspekte dieser Angelegenheit können wir doch daraus etwas Grundsätzliches und Wichtiges entnehmen. Starhemberg war vor allem die Personifizierung des grün-weißen Faschismus, der aus der seinerzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwachsen ist. Wenn wir glauben, aus der Vergangenheit etwas gelernt zu haben, dann dürfen wir nicht nur einseitig diesen Repräsentanten als Einzelpersonlichkeit bekämpfen, sondern wir müssen vielmehr in erster Linie den Ursachen seines Großwerdens nachspüren und diese erkennen.

Die soziale Gestaltung unseres gemeinsamen Lebens, der moralische Aufbau in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Verbesserung des materiellen Standards werden am sichersten jene gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen, in welchen derartige Figuren der Vergangenheit ein für allemal und endgültig jede Möglichkeit der Entstehung und der Entwicklung genommen ist. Dafür werden wir stets und beharrlich zu kämpfen haben.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Franz Fleck, Edmund Holzfeind, Felix Hubalek, Hans Riemer, Karl Rubak, Rudolf Trimmel.

Sorget dafür, Genossen, daß unsere Parole wahr werde

ZWEIMAL WÄHLEN

ZWEIMAL SOZIALISTISCH

Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg, Gemeinderatswahlen in Salzburg (ohne Stadt Salzburg und Mittersill) und dem Burgenland

DER 4

SOZIALISTISCHE KÄMPFER

Novelle des BE-Gesetzes notwendig

Zu den schwierigsten Problemen für den Gesetzgeber gehörte das vor zwei Jahren verabschiedete „Beamtenentschädigungsgesetz“. Auch gewiegte Personalrechtler waren sich darüber klar, daß nicht alle Fälle von Maßregelungen von vornherein überblickt und geregelt werden können. Nach zwei Jahren der Durchführung sind nun die wesentlichen Härtefälle festgestellt und ein Überblick gewonnen worden. Es kann dabei mit Befriedigung festgestellt werden, daß die aufgetretenen Härten, dem Umfange nach nicht so bedeutend sind, als ursprünglich befürchtet wurde. Um so mehr ist es an der Zeit, die bestehenden Härten durch eine baldige Novelle zu beseitigen.

Es handelt sich dabei grundsätzlich um folgende Probleme:

Das Bundeskanzleramt hat Ansuchen abgewiesen, weil der Bedienstete nicht ausdrücklich durch einen Bescheid aus dem Dienste ausgeschieden ist (pensioniert oder entlassen wurde), obwohl tatsächlich ein Verlust an Bezügen oft bis zur vollständigen Einstellung eingetreten ist. So wurden Bedienstete suspendiert, unbezahlt beurlaubt oder unter Einstellung von Bezügen in Disziplinaruntersuchung gezogen. Auch in diesen Fällen die Entschädigung wirksam werden zu lassen, ist ein Akt der Gerechtigkeit und durch die Novellierung herbeizuführen.

Ob ein finanzieller Verlust eingetreten ist oder nicht, wird derzeit durch einen Vergleich der Bruttozüge festgestellt. Es sind nun Fälle bekannt, bei denen durch steuerliche Sonderbehandlungen bedeutende Verluste an Nettobezügen eingetreten sind. Es soll daher unserer Ansicht nach auch ein Vergleich der Nettozüge herangezogen werden können, um die Einkommensminderung, die durch die Maßregelung entstanden ist, festzustellen.

Vertragsbedienstete erhalten die Entschädigung für höchstens 24 Monate beziehungsweise zweimal 24 Monate, wenn die Maßregelung vor dem Jahre 1938 eingetreten ist und nach dem Jahre 1938 noch fortgedauert hat. Viele Vertragsbedienstete standen aber vor der Anstellung; es wäre nur recht und billig, wenn diese Bedienstetengruppe ebenfalls für die ganze Dauer der Maßregelung entschädigt werden würde.

Gemaßregelte Bedienstete, die nach dem 13. März 1938 in den öffentlichen Dienst aufgenommen wurden, können keine Entschädigung erhalten, weil für sie kein Vergleichsbezug vor dem 13. März 1938 besteht. Nun ist dieser Bedienstetenkreis auch vom siebenten Rückstellungsgesetz ausdrücklich ausgenommen, da dieses Gesetz nur für private Anstellungsverhältnisse gilt. Auch für diese Gruppe müßte entweder im Beamtenentschädigungsgesetz oder durch Novellierung des 7. Rückstellungsgesetzes Vorsorge getroffen werden.

Haftzeiten werden laut § 66 des BÜG für die Vorrückung in höhere Bezüge und für die Bemessung des Ruhegenusses doppelt angerechnet. Dies trifft nicht zu, für Bedienstete, die erst nach 1945 in den öffentlichen Dienst traten. Die zumindest einfache Anrechnung solcher Haftzeiten wäre für Besitzer von Amtsbescheinigungen ein Akt der Gerechtigkeit.

Nach § 4 (3) des BE-Gesetzes treten zu den im Gesetz angeführten Entschädigungsbeträgen die Teuerungszuschläge der Bundesbeamten. Diese Teuerungszuschläge bewegen sich von 270 bis 370 Prozent. Gemaßregelte, an welche die Entschädigung sofort ausbezahlt wurde oder deren Ansuchen zufällig früher behandelt wurden, erhielten bei gleichen Voraussetzungen weniger als solche, deren Ansuchen später behandelt wurde. Eine Gleichstellung mit dem einheitlichen Teuerungszuschlag von 370 Prozent würde eine gerechte Lösung bringen. Hiebei müßten auch die Bestimmungen des § 4 Abs. (4) geändert werden, um Gemaßregelte mit Haftzeiten nicht zu benachteiligen.

Die Aufzählung dieser Härten mag nicht erschöpfend sein; sie haben sich aber aus der Praxis ergeben und erfordern eine Novellierung des Beamtenentschädigungsgesetzes beziehungsweise des Gehaltsüberleitungsgesetzes und der damit in Zusammenhang stehenden Bestimmungen.

Aus dem Wiener Landesverband

Ein Programm ist erfüllt und ein neues unterbreitet die Sozialistische Partei dem Wiener Volk. Es ist nicht weniger kühn als die Programme vorher und wird ebenso erfüllt werden wie seine Vorgänger.

Vor dreißig Jahren haben die Sozialisten mit dem großen Werk im Wiener Rathaus begonnen; das erste große Wohnbauprogramm von 1923 hat die Periode des sozialen Wohnungsbaues eröffnet. Mit ihm ist der neue Wiener Baustil entstanden, mit dem der soziale Wohnungsbau seinen Siegeszug durch die Welt angetreten hat. Es galt damals, einer erstaunten Welt zu zeigen, wie menschenwürdige Wohnungen aussehen und wie sie tatsächlich beschaffen sind, wenn nicht kapitalistisches Gewinnstreben, sondern ein soziales Wohlfahrtsprogramm die Triebkraft des Wohnungsbaues ist.

Das Rote Wien der Ersten Republik hat neben die Zinskasernen des Kapitalismus die neuen Wohnpaläste gestellt. Unsere Arbeit in der Zweiten Republik ist durch die gigantische Aufgabe der Kriegsschäden gekennzeichnet: Trümmer und Ruinen mußten zuerst beseitigt und das normale Leben wieder in Gang gesetzt werden. Dabei ist auch viel Neues geschaffen

SCH WÄHLEN



worden. Doch die Periode, die vor uns liegt und für die ein Programm erstellt ist, wird in die Geschichte unserer Bundeshauptstadt als die Periode der Erneuerung eingehen. Die Sozialisten in Wien werden ihren Wohnungsbau fortsetzen und in den nächsten fünf Jahren mindestens 20.000 Gemeindewohnungen bauen. Weitere 10.000 Genossenschafts- und Eigenheimwohnungen werden außerdem mit Unterstützung der Gemeinde entstehen. 30.000 neue Wohnungen werden also das Stadtbild Wiens in den nächsten fünf Jahren stark verändern.

Aber das genügt nicht! Darüber hinaus wird niederrissen, was unbrauchbar geworden ist. Die „Ratzenstadln“, wo immer sie sich in Wien noch befinden mögen, müssen restlos verschwinden.

Aber sie wollen nicht nur die Stadt umbauen, sie wollen auch den Wiener Frauen behilflich sein, ihren Haushalt zu modernisieren, denn die hunderttausende veralteten Wohnungen können nicht alle in Kürze durch neue Wohnungen ersetzt werden. Die Gemeindeverwaltung wird daher durch Kreditaktionen mit-helfen, in den Altwohnungen, wo die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, Wasser einzuleiten und Badenischen einzurichten. Die Wiener Stadtwerke werden durch die Anlage verstärkter Steigleitungen und durch vermehrte Kredite die Technisierung des Haushaltes ermöglichen. Vor allem sollen durch Mechanisierung der Waschküchen dem Waschtage seine Schrecken genommen werden. Denn wo das Leben schwer, dort ist es für die Frau am schwersten, und dort soll die Hilfe der Gemeinde einsetzen.

Das Programm der Sozialisten für ihre Arbeit im Wiener Rathaus in den nächsten fünf Jahren enthält noch viele andere Maßnahmen, die alle der Förderung der Familie, ihrer Festigung und ihrer gesunden Entwicklung dienen. Was ist der Kampf der Sozialistischen Partei um die Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten im Staat und in der Wirtschaft, um einen menschenwürdigen Lohn, um Freizeit und Urlaub anderes, als Familienpolitik im besten Sinne. Wo aber wird der Familie, ihrem Entstehen und ihrem Bestand mehr und besser gedient, als durch die vielfältige Arbeit der Sozialisten in der Gemeinde, durch den Bau gesunder und schöner Wohnungen und durch den Schutz von Mutter und Kind! Das Erreichte spricht für die Güte unseres Programms und ist unwiderlegbarer Beweis für unsere Feststellung:

Was Sozialisten versprechen, das halten sie!

Die Bezirke berichten:

Floridsdorf

Alfred Burian. Am 8. Juli 1954 verstarb nach langem schwerem Leiden Genosse Alfred Burian im Alter von 42 Jahren. Er war ein treuer und verlässlicher Kämpfer für unsere Idee. Auch Genosse Burian war ein Opfer des Faschismus und wurde während des Krieges in den Kerker geworfen, wo er sich die Krankheit zuzog, an der er nun gestorben ist.

Das Begräbnis fand am 13. Juli um 14.30 Uhr auf dem Jedleseer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf war durch Genossen Viktor Marsal vertreten.

Wir werden Genossen Burian niemals vergessen.

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 5 40 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon B 26 091

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559
Linz: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Aus den Landesorganisationen

Salzburg

Die Sozialistische Partei erblickt in der schöpferischen Arbeit das Fundament des Wohlstandes aller Schichten unseres Volkes. Ebenso wie die Sozialisten in der Bundesregierung und im Parlament für großzügige Investitionen, für den Ausbau der Wasserkraft und der Industrie, für die Elektrifizierung der Bundesbahnen, für die Schaffung neuer und dauernder Arbeitsplätze eintreten, so sorgen sie in der Verwaltung unseres Bundeslandes für den Bau von Straßen und Wohnungen, für die Modernisierung und Technisierung der Landwirtschaft, so sind sie in den Gemeinden die Pioniere eines gesunden Aufbaues.

Die Sozialisten haben in jahrzehntelangem opferreichem Ringen den Männern und Frauen unseres Staates das gleiche und direkte Wahlrecht erkämpft und damit den Weg gebahnt für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens, für eine gute Sozialpolitik. Die Fürsorge für die Jugend und die Sicherung des Alters sind ihr Werk.

Die Sozialisten sind die Hüter der Freiheit. Sie sind unterdrückt worden, aber sie haben nie andere unterdrückt. Ihr Wirken hat immer dem Fortschritt des einzelnen und der Gemeinschaft gedient.

Im Salzburger Landtag und in der Landesregierung werden die Sozialisten für folgende Forderungen eintreten:

Arbeit für alle! Fortsetzung der Investitionen durch die Landesverwaltung. Verstärkte Anstrengungen zur Vermeidung der Winterarbeitslosigkeit.

Wohnungen für alle! Weiterführung und Förderung der Wohnbautätigkeit durch das Land unter besonderer Berücksichtigung des sozialen Wohnungsbaues.

Fürsorge für Mutter und Kind: Ausbau der Mutterberatungsstellen, Ehe- und Schwangerenberatung, Errichtung von Mütter- und Wöchnerinnenheimen, Errichtung von Kindergärten und Kinder-Tagesheimstätten, schulärztlicher Dienst auch auf dem Lande, Tagesschulheime in den Industriegebieten, um die arbeitenden Mütter zu entlasten, Schulausspeisung, wo lange Schulwege sie erfordern, ein Landesschülerheim in Salzburg, um auch den Kindern vom Lande höhere Schulbildung zu ermöglichen. Erholungsfürsorge für gesundheitlich gefährdete Kinder.

Hilfe und Pflege den alten Leuten. Ausbau der Alterswohlfahrt, Förderung der Einrichtung moderner Altersheime. Dreizehnte Monatsrente für die Empfänger einer Fürsorgerente.

Gesundheit für alle! Weitere Ausgestaltung und Modernisierung der Gesundheitseinrichtungen des Landes. Bauliche Erweiterung der Frauen- und Kinderklinik. Ausbau der Landespflegeanstalt und der Landesheilanstalt.

Pflege des kulturellen Lebens, gute Schulen, moderne Berufsausbildung, Förderung der Volksbildung, von Volkskultur und Brauchtum.

Schutz und Förderung den Bauern! Fortschrittliche Agrarpolitik zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, Bau von Güterwegen und Seilbahnen, Elektrifizierung und Technisierung der Landwirtschaft, Schutz dem bäuerlichen Besitz durch Flußregulierung, Wildbach- und Lawinerverbauung, Schutz dem Wald. Berufsausbildung der bäuerlichen Jugend. Wohnungen für die Landarbeiter.

Die Gemeinde ist die Grundlage der sozialen Gemeinschaft des Volkes. Der Fortschritt in den Gemeinden ist für die Entwicklung des Landes und des Staates von größter Bedeutung. Überall dort, wo die Sozialisten stark genug waren, haben sie in den Gemeinden vorbildliche Leistungen vollbracht und in vielen Gemeinden die Versäumnisse früherer Zeit gutgemacht. Die folgenden Grundsätze sind die Leit-sätze ihres Handelns in den Gemeinden:

1. Eine demokratische Gemeindeverwaltung, sachliche Personalpolitik, Vereinfachung der Verwaltung, eine gesunde Finanzwirtschaft, soziale Verteilung der Lasten, sparsame und saubere Gebarung.

2. Planvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Volksgesundheit: Ausbau

der Versorgung mit elektrischem Strom, gute Wasserleitungen, Pflege der Straßen, Verbesserung der Kanalisierung. Wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot durch Förderung des sozialen und genossenschaftlichen Wohnbaues und der Errichtung von Eigenheimen, Erleichterung des Grundkaufes für Siedler, Verhinderung der Bodenspekulation, Beseitigung der Barackenlager.

3. Tatkräftige Förderung der Jugend durch Errichtung moderner Schulen und Stätten zur Berufsausbildung, Fürsorge für Mutter und Kind, Schaffung von Kindergärten, Pflege der Gesundheit und des Sports.

4. Weiterentwicklung von Industrie und Gewerbe durch Ermöglichung neuer gesunder Betriebe und Ausbau der bestehenden, Schaffung guter Verkehrsverhältnisse, Förderung des Fremdenverkehrs.

5. Fortschrittliche Maßnahmen für die Landwirtschaft, Hilfe für Klein- und Bergbauern.

Den Arbeitenden gerechten Lohn! Der Jugend ein erstrebenswertes Ziel! Der Familie ein glückliches Heim! Den Alten einen gesicherten Lebensabend! Frieden, Freiheit und Wohlstand unserem Heimatland!

*

Vorarlberg

Zum ersten Male nach dem Jahre 1945 wird in unserem Land der Landtag in einem eigenen Wahlgang neu gewählt, ohne daß gleichzeitig Wahlen zum Nationalrat durchgeführt werden. Wenn auch der Aufgabenkreis eines Landtages ein beschränkter ist, so ist doch der Ausgang der Wahl ein Stimmungsbild, das Rückwirkungen über die Landesgrenze hinaus hat.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat gerade in der abgelaufenen Frühjahrsession des österreichischen Nationalrates unter Beweis gestellt, daß sie es vortrefflich verstanden hat, mit allem Nachdruck die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wahren.

Wenn in Vorarlberg früher die Christlichsozialen die absolute Mehrheit im Landtag hatten, so verfügt darüber heute deren Nachfolgerin, die Österreichische Volkspartei. In der Volkspartei, die aus drei Bündnen besteht, ist der sogenannte Arbeiter- und Angestelltenbund jene Gruppe, die den geringsten Einfluß hat. Führend und am einflußreichsten sind neben den tonangebenden Herren des Bauernbundes die Vertreter der Großindustrie, wenn dies auch in der zahlenmäßigen Vertretung im Landtag nicht zum Ausdruck kommt.

Die berechtigten Wünsche der Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Arbeitnehmer leiden unter dem Druck weniger Wirtschaftsgewaltiger. Die im Land herrschenden Preisverhältnisse und verteuerten Lebenshaltungskosten sind der sinnfälligste Ausdruck dieser Politik. Das „Musterlände“ kann für sich den unbestrittenen „Ruhm“ in Anspruch nehmen, das teuerste Bundesland unserer österreichischen Heimat zu sein. Die Auswirkungen dieser Politik haben alle Konsumenten des Landes, gleichgültig, ob Arbeiter, Angestellter, Beamter, Kleinbauer, Kleingewerbetreibender, Rentner oder Fürsorgebezieher, in Form von erhöhten Lebenshaltungskosten zu tragen. Diese Bevölkerungsgruppen — und sie bilden die Mehrheit im Lande — haben es in der Hand, durch ihren Stimmzettel Einfluß zu nehmen, bessere Lebensverhältnisse herbeizuführen.

Das gleiche gilt für die Wohnungsuchenden. Trotz der vielgerühmten Wohnbautätigkeit des Landes herrscht in unseren Städten und Industrieorten bitterste Wohnungsnot. Tausende von Wohnungsuchenden warten heute noch auf eine Wohnung, und viele Familien leben unter entwürdigenden Verhältnissen in Baracken. Die bürgerlichen Parteien im Landtag lehnen es aber ab, durch sozialen Wohnbau mit erschwinglichen Mietzinsen für diejenigen Wohnungen zu schaffen, die nicht in der glücklichen Lage sind, ein Eigenheim erstellen zu können.

Ein eigenartiges Kapitel bildet die Frage der Verleihung der Staatsbürgerschaften durch die Landesregierung. Tausende von Bewerbern mußten jahrelang auf die Erledigung ihres Ansuchens warten,

obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einbürgerung vorhanden waren. Wenn nicht der Nationalrat auf Initiative der Sozialisten im heurigen Jahre das Optionsgesetz für die Volksdeutschen beschlossen hätte, wäre dieser Gruppe von Heimatlosen noch lange die Aussicht verwehrt, wieder einen festen Boden unter ihren Füßen zu haben. Hunderte von Südtiroler Familien warten heute noch auf die Erledigung ihres Ansuchens. Es wäre besser gewesen, diesen heimatlosen Menschen die Staatsbürgerschaft zu verleihen, als schöne Reden in der „Clemens-Gemeinde“ zu halten.

Wir wenden uns auch gegen die einseitige politische Personalpolitik der heutigen Landesgewaltigen, gegen den Mißbrauch des aus Steuergeldern subventionierten Vorarlberger Rundfunks für Parteizwecke der ÖVP und protestieren gegen die politische Bevormundung des Vorarlberger Volkes durch die Vorenthaltung von Übertragungen der Reden österreichischer Parlamentarier aus dem Nationalrat. Wir stellen fest, daß trotz aller schönen Reden und der Jagd auf angeblich unsittliche Plakate wertvolle Aufklärungsfilme behindert werden und daß letzten Endes dieser angebliche Kampf zur Rettung der Sittlichkeit wieder nur auf eine Einschränkung der persönlichen Freiheit des Vorarlberger Volkes hinzielt, die sogar dahin gehend zum Ausdruck kommt, daß an Samstagen Veranstaltungen nur bis zur Sperrstunde um 24 Uhr gestattet sind.

Diese aufgezeigten Übelstände werden allgemein im Land kritisiert. Es hat jedoch keinen Zweck, Kritik zu üben und dieselben Leute, die die Träger dieser Politik sind, wiederum zu wählen.

Die Vertreter der Sozialistischen Partei im Vorarlberger Landtag haben durch ihre Haltung bewiesen, daß sie zu jeder Zeit für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintreten. Ihre Anträge, die darauf abzielten, Wünsche des arbeitenden Volkes zu erfüllen, wurden niedergestimmt. Wenn dies anders werden soll, dann ist eine starke sozialistische Fraktion im Landtag notwendig, die auch eine entsprechende Kontrolle gegenüber der Mehrheit ausüben kann.

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Sorglos leben

kann — nach einem alten Spruch — nur einer, der für die eigene wie für die Zukunft seiner Angehörigen vorgesorgt hat. In diesem Sinne vermögen Sie Ihr Leben sorgloser zu gestalten, wenn Sie es bei der Städtischen Versicherung wirksam versichern lassen. Wie das am zweckmäßigsten geschehen kann, darüber bekommen Sie jederzeit — für Sie unverbindliche — Auskunft. Wir beantworten jede Anfrage sofort und ausführlich.

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 9. Nov. 1954**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21620. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Do. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Tolbuchinstraße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Mo.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15 a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15 b. Rustengasse 9 Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26 .. Jeden 1. u. 3. Mi.
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 33 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter .. Jeden 1. u. 3. Mo.
Straße 2 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
9. Berggasse 41, Parterre (Hausver- .. Jeden 1. Do.
waltung) 14 bis 16 Uhr

Wir bitten alle Mitglieder, die die Mitgliedsbeiträge für 1954 noch nicht bezahlt haben, diese während der nächsten Sprechstunde in ihrer Bezirksgruppe, in der Fachgruppe oder im Landesverband zu erlegen.

Sprechstunden in unseren Landesverbänden

- Niederösterreich:**
Mödling, Bezirkssekretariat der .. jeden ersten Sonn-
SPÖ, Hauptstraße 42 tag im Monat von
10 bis 11 Uhr
- Burgenland:**
Eisenstadt, Bezirkssekretariat .. tgl. 9 bis 12 Uhr
der SPÖ, Hauptstraße 5
- Kärnten:**
Klagenfurt, Kammerbücherei .. tgl. außer Sa.
der Arbeiterkammer, Bahnhof- .. 10 bis 12 Uhr
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig
- Oberösterreich:**
Linz, Landstraße 36, 1. Stock, .. Di., Mi., Do.
Tür 3 ab 15 Uhr
- Salzburg:**
Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.
- Steiermark:**
Graz, Südtiroler Platz 13, .. Mi. 17 bis 19 Uhr
Zimmer 15
- Tirol:**
Innsbruck, Salurner Straße 2, .. tgl. außer Sa.
2. Stock, Zimmer 40 15 bis 18 Uhr